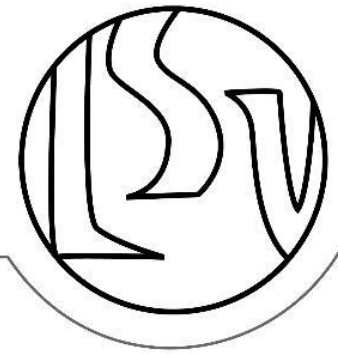


Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz

Albinstraße 14
55116 Mainz

061 31 / 23 86 21
061 31 / 23 87 31 (Fax)

www.lsvrlp.de
info@lsvrlp.de



An die Vertreter*innen der Medien

Mainz, 05.08.2026

Pressemitteilung der LSV Rheinland-Pfalz

Kahlschlag bei der Jugendhilfe: Schwarz-Rot spart an unserer Zukunft und gefährdet die Chancengleichheit!

Mit absolutem Unverständnis und scharfer Kritik reagiert die Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz (LSV RLP) auf die aktuellen Kürzungspläne der schwarz-roten Bundesregierung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Wie Recherchen des WDR-Magazins MONITOR zeigen, plant die Bundesfamilienministerin drastische Einsparungen: Ab 2028 sollen jährlich 200 Millionen Euro, ab 2036 sogar massive 2,7 Milliarden Euro pro Jahr gestrichen werden. Für uns Schüler*innen sowie, insbesondere junge Erwachsene ist das kein bloßes Zahlenspiel – es ist ein Schlag ins Gesicht einer ohnehin stark belasteten Generation.

Hinter diesen abstrakten Kürzungsdebatten stehen reale Schicksale von Jugendlichen. Schon heute ist die Realität für Betroffene im Schulalltag extrem hart. Wer auf Hilfe angewiesen ist, wird im aktuellen System oft nicht als Mensch wahrgenommen, sondern als bürokratischer Problemfall oder reiner Kostenfaktor abgestempelt. Das System wirkt in seiner jetzigen Form bereits oft entmenslichend und stigmatisierend. Wenn in der Politik permanent nur betont wird, dass kein Geld da sei, vermittelt das jungen Menschen in Krisen das Gefühl, eine finanzielle Last zu sein. Die geplanten Kürzungen werden diese soziale Kälte und die Stigmatisierung in den Schulen nur noch weiter verschärfen.

Dazu äußert sich Sofie EMI Werberich, Pressereferentin der LSV RLP als direkt Betroffene deutlich: „Es ist zutiefst entmenslichend, wie wir im System Schule und in der Jugendhilfe wahrgenommen werden, sobald wir Unterstützung brauchen. Man ist kein Mensch mehr, sondern eine Kostenfaktor, ein Problem oder ein Posten, für den angeblich nie genug Geld da ist. Uns ständig mitzuteilen, dass wir zu teuer sind, bricht das Vertrauen in die Politik komplett. Wenn jetzt noch weiter gekürzt wird, überlässt man uns endgültig uns selbst.“

Besonders alarmierend ist das Vorhaben, individuelle Einzelhilfen für Kinder und Jugendliche fast vollständig zu streichen und nur noch in absoluten Ausnahmefällen zu gewähren. Stattdessen setzt das Ministerium auf sogenannte „strukturelle Hilfe“ in Institutionen wie Kitas und Schulen. Das ist völlig realitätsfern. Unseren Schulen mangelt es doch bereits: Lehrkräftemangel, Unterrichtsausfall und ein eklatanter Mangel an Schulsozialarbeit prägen den Alltag. Hinzu kommt, dass den Kommunen als Schulträgern ohnehin hinten und vorne das Geld fehlt. Die Kassen sind leer, Sanierungsstaus an der Tagesordnung. Zu glauben, dass Schulen und finanziell am Limit agierende Kommunen die komplexe, individuelle Betreuung von gefährdeten Jugendlichen mal eben „strukturell“ auffangen können, zeigt, wie weit weg die Politik von der Realität vor Ort ist. Der Bund wälzt hier die Verantwortung auf Systeme ab, die ohnehin vor dem Kollaps stehen.

Diese Kürzungen sind gleichzeitig ein massiver Angriff auf die Bildungsgerechtigkeit. Schüler*innen, die ohnehin mit schwierigeren Startbedingungen kämpfen oder familiär nicht die nötige Unterstützung erfahren, sind am stärksten auf diese Einzelhilfen angewiesen. Wenn diese wegfallen, zerschlägt die Politik jegliche Chancengleichheit. Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel oder dem psychischen Zustand des Elternhauses abhängen. Wer hier Kürzungen ansetzt, sorgt aktiv dafür, dass die soziale Schere in unserem Bildungssystem noch weiter auseinandergeht. Zudem sollen Hilfen und Förderprojekte für junge Erwachsene ab 18 Jahren – beispielsweise für diejenigen, die mit schweren psychischen Problemen zu kämpfen haben – drastisch reduziert werden. Gerade nach den Krisen der letzten Jahre, deren psychische Folgen bei vielen Jugendlichen tief sitzen, ist diese Entscheidung brandgefährlich. Junge Menschen werden so auf dem Weg in ein eigenständiges Leben bewusst auf sich allein gestellt. Für angehende Abiturient*innen, die ohnehin unter enormem Leistungs- und Prüfungsdruck stehen, schafft dies absolut unfaire Voraussetzungen. Mitten in der entscheidenden Phase ihres Schulabschlusses und Übergangs in Ausbildung oder Studium wird ihnen das nötige Sicherheitsnetz weggerissen, dabei sieht ein fairer Start in die Zukunft ganz anders aus.

„Gute Bildung braucht Stabilität“, betont Isabelle Seltenreich, Pressereferentin der LSV RLP: „Dazu gehört ein funktionierendes System der Jugendhilfe. Die geplanten Streichungen treffen genau die Kinder und Jugendlichen, die gegen ungleiche Startbedingungen kämpfen müssen. Wenn der Bund individuelle Hilfen abbaut und auf marode Schulsysteme abwälzt, vergrößert er die soziale Kluft an unseren Schulen vorsätzlich.“

Wer bei der Jugendhilfe spart, spart an der Zukunft unserer Gesellschaft und begräbt die Chancengleichheit. Die LSV RLP fordert die Bundesregierung und insbesondere das Familienministerium auf, diese fatalen Pläne sofort zu stoppen. Wir brauchen keine Kürzungen, sondern eine massive Investitionsoffensive in die psychosoziale Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Wir fordern ein System, das Betroffene auffängt, statt sie zu stigmatisieren, und das den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt!

*Bei Rückfragen steht Ihnen das Pressereferat der Landesschüler*innenvertretung RLP gerne zur Verfügung:*

Sofie EMI Werberich | E-Mail: *sofie.emi.werberich[at]*[svrlp.de](mailto:sofie.emi.werberich@svrlp.de)

Fon: +49 152 07391856

Isabelle Seltenreich | E-Mail: *isabelle.seltenreich[at]*[svrlp.de](mailto:isabelle.seltenreich@svrlp.de)